Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Anschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 113. Montag, 16. Mai 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gesetzlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ein unerfreulicher Auftrag.

Zum Besuch Briands und Doumergues in London.

eu. Die deutsch-englischen Beziehungen müssen, wenn man die konservative Presse Englands in den letzten Tagen genauer verfolgt, als gespannt angesehen werden. Die Londoner „Times" versteigen sich jetzt zu scharfen Angriffen auf die deutsche Außenpolitik und glauben unterstreichen zu müssen, daß seit dem Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett eine Wandlung in der deutschen Außenpolitik sich bemerkbar mache. Die Stellungnahme des Londoner Blattes gegen Deutschland ist umso bemerkenswerter, als ja in diesen Tagen in London hochpolitische Besprechungen des französischen Außenministers mit seinem britischen Kollegen stattfinden werden. Die Auslassungen der „Times" müssen also als unerfreulicher Auftakt zum Besuch Doumergues und Briands gewertet werden. Sie bestätigen gleichzeitig, daß die britische Regierung mit dem Pariser Kabinett im Verlaufe der letzten diplomatischen Besprechungen zwischen Paris und London Vereinbarungen getroffen haben müssen, die sich gegen Deutschland wenden. Das gilt vor allem hinsichtlich der Besatzungsfrage. Wenn die „Times" erklären, Deutschland dränge lärmend darauf, daß die Zurückziehung der Besatzungstruppen nunmehr Wirklichkeit werde, so muß nach Auffassung der Wilhelmstraße demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch der Reichstag in seiner Gesamtheit die Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Rheinlande verlangt.

Die scharfe Stellungnahme der „Times" gegenüber Deutschland ist umso bemerkenswerter, als sie auch in dem Augenblick erfolgt, wo die englisch-russischen Beziehungen wieder eine außergewöhnlich scharfe Spannung erfahren haben. Im Auswärtigen Amt sollen Mitteilungen des deutschen Botschafters in London vorliegen, nach denen die britische Regierung annehmen zu müssen glaubt, daß die Deutschnationalen eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik nach Rußland hin erstreben. Diese Vermutungen sind durchaus unzutreffend. Reichsaußenminister Dr. Stresemann denkt, wie versichert wird, unter keinen Umständen daran, sich einseitig nach Rußland festzulegen, sondern er wird auch weiterhin die Verständigungspolitik mit Frankreich fortsetzen. Wie bereits angekündigt wurde, wird sich der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, anläßlich seiner bevorstehenden Rückreise nach Moskau auch nach Berlin begeben, um mit dem Reichsaußenminister Besprechungen zu führen. Diese Tatsache dürfte gleichfalls dazu beigetragen haben, daß in London die Mißstimmung gegenüber Deutschland weiter zugenommen hat.

Ganz offensichtlich greift nun die britische Regierung gewissermaßen zu Repressalien gegen Deutschland, indem sie den Standpunkt des Pariser Kabinettes unterstützt, nach dem bestenfalls eine Herabsetzung der Zahl der französischen Besatzungstruppe im Rheinland nur um ein Geringes in Erscheinung treten könne. In diplomatischen Kreisen will man wissen, daß der Reichsaußenminister den deutschen Botschafter in London, Sthamer, die Instruktion gegeben hat, sofort mit dem Foreign Office Fühlung zu nehmen und darauf hinzuweisen, daß die Befürchtungen gewisser Regierungskreise in London und eines Teiles der britischen Presse, wonach Deutschland eine Neuorientierung seiner Außenpolitik vornehmen wolle, durchaus unzutreffend sind. In der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die am Dienstag stattfindet, wird der Reichsaußenminister wohl in der Lage sein, wichtige Erklärungen über die deutsch-englischen Beziehungen abzugeben. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die deutsche Außenpolitik dem russisch-englischen Konflikt gegenüber sich durchaus neutral verhält. In Berlin denkt man unter keinen Umständen daran, sich einseitig festzulegen.

Victor Basch gegen die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung.

)(**Paris**, 15. Mai. Professor Victor Basch, der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte, veröffentlicht einen Artikel, in dem er beweist, daß **die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung eine politische Anomalie ist.** Er schreibt: Der Pakt von Locarno und die Verhandlungen von Thoiry stehen in offenkundigem Widerspruch mit der Besetzung eines Gebietsteiles des einen Kontrahenten durch den andern. **Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der nicht nur angenommen, sondern ausdrücklich von den Alliierten gefordert wurde, ist völlig unvereinbar mit der Besetzung.** Tatsächlich können nur souveräne Staaten Mitglied des Völkerbundes werden, das heißt Staaten, die über eine vollkommene Unabhängigkeit verfügen. Aber ein Staat, von dem auch nur das geringste Stück eines Gebietes durch einen anderen Staat besetzt ist, wird eines Teiles seiner Souveränität beraubt. In dritter Linie endlich und das ist das Argument der linksstehenden Deutschen, würde die Räumung des Rheinlandes den Nationalisten den Todesstoß versetzen, deren hauptsächlichstes Propagandamittel darin besteht, ein Deutschland zu zeigen, das durch die fremde Besatzung erniedrigt wird, und ein Frankreich aufzuzeigen, das in zynischer Weise von seiner Macht Gebrauch macht, um seinen besiegten Gegner zu erniedrigen.

Der französische Staatspräsident in London.

* **London.** (Telunion). **Präsident Doumergue wird heute nachmittag 3 Uhr auf dem Viktoria-Bahnhof in London eintreffen.** Das Hauptereignis des Staatsbesuches wird das morgen abend im Buckingham-Palast stattfindende Staatsbankett sein. Für das Essen werden goldene Schüsseln aus dem Privatbesitz des englischen Königshauses benutzt werden. An dem Bankett nehmen auch die Mitglieder des Königshauses, sämtliche Minister und Exminister, die höheren Offiziere und der französische Botschafter mit Gefolge teil. Der Präsident wird seinen Platz zwischen dem Königspaar haben.

*

Die englischen Sonntagsblätter

widmen dem heutigen Besuch des französischen Staatspräsidenten in London ausführliche Betrachtungen, die zum großen Teil den rein gesellschaftlichen Charakter des Besuches unterstreichen.

Der „Observe" legt dem Besuch keine besondere diplomatische Bedeutung bei und bezeichnet ihn lediglich als eine freundschaftliche nachbarliche Zusammenkunft. Die Entente zwischen beiden Ländern sei früher eine Verteidigungsnotwendigkeit gewesen, heute sei sie eine Aufbaunotwendigkeit. Die Annahme, die Ansichten der beiden Nationen in internationalen Fragen seien stets die gleichen gewesen, sei falsch. Jedes Land habe seinen charakteristischen Standpunkt. Gefühlsmäßige Meinungsverschiedenheiten in der Lösung der Probleme, wie beispielsweise der Sicherheit und der Abrüstung seien zu erwarten. Das höchste Ziel der Staatskunst müsse aber darin bestehen, solche Meinungsverschiedenheiten zu erkennen und sie mit einander in Einklang zu bringen. Auch die Schaffung des Völkerbundes setze solche Meinungsverschiedenheiten voraus.

London. (Funkspruch). Ueber den Besuch Doumergues und Briands schreibt **Daily Chronicle** u. a., **Chamberlain und Briand hätten den Wunsch, die Stellung Stresemanns gegenüber den extrem konservativen Elementen in seiner Regierung zu stärken,** aber Briand habe auch auf andere französische Ansichten als seine eigenen Rücksicht zu nehmen. — **Daily News** glaubt, daß **Briand und Chamberlain die Rheinlandfrage erörtern werden. Times** schreibt dem französischen Besuch keinerlei außergewöhnlich politische Bedeutung zu, während **Daily Telegraph** u. a. ausführt: Die britische Diplomatie ist gerade jetzt zu sehr in Anspruch genommen, um sich mit der neuen deutsch-französischen Krisis zu beschäftigen. Gleichzeitig wird aber **Besorgnis wegen Herrn Stresemanns persönlicher Stellung** empfunden. Es besteht kein Wunsch, ein enttäuschtes Deutschland in die Arme Moskaus zu treiben. — Nach **Morning Post** bildet die britisch-französische Freundschaft den Eckstein der französischen Politik. Diejenigen, die Großbritannien im Interesse Deutschlands von Frankreich trennen möchten, mögen enttäuscht darüber sein, daß die beiden Länder noch immer an ein gemeinsames Zusammengehen glauben. Wir dürfen auch hoffen, daß angesichts der Gefahr, die jetzt die westliche Zivilisation von Osten her bedroht, Frankreich und England einsehen werden, daß in einer Einheitsfront die beste Hoffnung auf Sicherheit liegt.

*

Pariser Blätter zum Londoner Besuch Briands.

Paris. (Funkspruch). Zur Reise Briands nach London schreibt **Echo de Paris:** Die französische und die englische Regierung beurteilen die deutschen Angelegenheiten beinahe gleich. Hinsichtlich der chinesischen Fragen haben sie ihre eigene Stellung eingenommen und werden sie nicht ändern. Allerdings blieben dann noch verschiedene Probleme wie beispielsweise die italienisch-südslawische Kontroverse, die gewiß eingehend geprüft und zu nützlichen Erläuterungen Anlaß geben wird, es ist jedoch wahrscheinlich, daß die beiden Minister sich an Besprechungen allgemeiner Art halten werden. — **Oeuvre** vertritt den Standpunkt, daß bei der jetzigen Reise Briands es sich um die Notwendigkeit handele, zu bestätigen, daß trotz sehr begreiflicher Meinungsverschiedenheiten Frankreich und Großbritannien die Entente cordiale für unlösbar halten. — **Gaulois** schreibt, die erste Frage, die in London zu lösen sei, sei die Frage der Rheinlande. Auf England gestützt, werde Frankreich alle Garantien, die es als Vorbereitung für eine staffelweise Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem Rheinlande haben müsse, erlangen.

Aufwertungsfragen im Rechtsausschuß.

vdz. **Berlin.** In der Sonnabend-Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages äußerte sich zunächst **Geheimrat Norden** vom Reichsfinanzministerium zu dem vom Abg. von Richthofen (Dem.) eingebrachten **Antrag auf Ablösung der Reichsanleihen durch eine mit 12½ Prozent aufgewertete festverzinsliche Anleihe.**

Die Durchführung dieses Antrags würde einen jährlichen Mehrbetrag von 67 Millionen RM. erfordern. Wenn überhaupt eine Aenderung als notwendig betrachtet werde, so könne sie nur so geschehen, daß zugunsten der besonders bedürftigen Anleihealtbesitzer Maßnahmen getroffen würden. Mit der Annahme des Antrages würde dem Kredit des Reiches kein guter Dienst erwiesen werden.

Abg. Dr. **Leber** (Soz.) verlangte die **Ablösung der Anleihen durch eine auf 15 Prozent aufgewertete festverzinsliche Anleihe.**

Zur Frage der Prüfung der Vermögensverhältnisse von Altanleihebesitzern teilte **Geheimrat Norden** einen Erlaß des Reichsjustizministeriums vom Dezember 1926 mit, wonach öffentliche Unterstützungen, auch die Erwerbslosenunterstützung, bei der Einkommenberechnung für die Bedürftigkeitsprüfung außer Ansatz bleiben sollen.

Abg. Dr. **Scheller** (Zentr.) wandte sich gleich dem Regierungsvertreter gegen den demokratischen Antrag. Die Belastung des Reiches durch diesen Antrag würde umso weniger erträglich sein, als demnächst eine Anleihe notwendig werde zur Erfüllung der Ansprüche der Liquidationsgeschädigten. Bei dem schon bestehenden starken Steuerdruck werde es ganz unmöglich sein, die Deckung für eine 15prozentige Aufwertung der Anleihen zu beschaffen.

Abg. **Frhr. v. Richthofen** (Dem.) bestritt, daß die Durchführung des demokratischen Antrags eine ungünstige Wirkung auf den Anleihemarkt ausüben werde. Umgekehrt werde im deutschen Volk keine Neigung zur Zeichnung von Reichsanleihen bestehen, solange das jetzige Ablösungssystem nicht geändert werde. Eine bessere Entschädigung der Liquidationsgeschädigten gegenüber den Besitzern deutscher Reichsanleihe bedeute eine Benachteiligung derjenigen, die ihr Geld nicht ausländischen Banken, sondern dem Vaterland zur Verfügung gestellt hätten. Eine festverzinsliche Anleihe als Ablösung der alten Reichsanleihen sei unbedingt notwendig. Diesen Gedanken habe auch der frühere Finanzminister Dr. Reinhold vertreten. Gegen eine besondere Berücksichtigung der Bedürftigen würden die Demokraten nichts einwenden.

Auf eine Anfrage des Redners teilte **Ministerialdirektor Norden** mit, daß die Trennung zwischen Alt- und Neubesitz einen Kostenaufwand von 20 bis 25 Millionen betragen hätte. Die niedrige Aufwertung der alten Anleihe sei allerdings ein Hemmnis für die Unterbringung neuer Reichsanleihen. Ein noch viel schwereres Hemmnis würde es sein, wenn nach Durchführung des demokratischen Antrags ein Anleiheblock von rund 5 Milliarden liegen bliebe, der nicht untergebracht werden könnte.

Die Abgg. Dr. **Rademacher** (Dnat.) und Dr. **Wunderlich** (DVP.) schlossen sich den Ausführungen des Regierungsvertreters an. Dr. Rademacher wies die in den Zeitungen verbreitete Behauptung zurück, daß er gesagt habe, die im Schützengraben gegebenen Versprechungen wären nicht verbindlich. Auch die Regierungsparteien würden gern für eine höhere Aufwertung eintreten, aber unter dem Druck der Daweslasten sei das nicht möglich.

Abg. Dr. **Best** äußerte seine Sympathie für den demokratischen Antrag. Die Deckung könne nicht so schwierig sein, wenn das Reich nur die riesigen Inflationsgewinne der Industrie durch Streichung ihrer Obligationsschulden steuerlich erfassen wollte.

In einer Schlußbemerkung erklärte Abg. Freiherr **von Richthofen**, Dr. Reinhold würde zweifellos die Umwandlung der alten Reichsanleihen im Sinne des demokratischen Antrags vorgenommen haben, wenn er länger im Amte geblieben wäre.

Der Demokratische Antrag wurde mit 18 gegen 18 Stimmen (Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Dr. Best) **abgelehnt.**

Zur Freigabe deutschen Privateigentums in England.

vdz. **Berlin.** Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Lejeune-Jung (Dnat.) an die Reichsregierung, welche Schritte sie nunmehr zu unternehmen gedenke, um von der englischen Regierung mindestens dieselben Zugeständnisse bezüglich der Freigabe des deutschen Privateigentums zu erlangen, die von anderen liquidationsberechtigten Staaten gemacht worden sind, hat der

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

folgende Antwort erteilt:

„Im Jahre 1926 ist die Reichsregierung bei der britischen Regierung dahin vorstellig geworden, daß im Hinblick auf das vor dem Auslegungsschiedsgericht schwebende Verfahren über die Frage der Anrechnung der Entschädigungen auf die Dawesannuitäten die Liquidationsmaßnahmen gegenüber deutschem Vermögen einstweilen eingestellt würden. Die britische Regierung ist hierauf jedoch nicht eingegangen. Zur Begründung für ihre ablehnende Haltung hat sie angeführt, daß das Recht zur Liquidation ihr nach dem Versailler Vertrag zweifellos zustehe, und daß das schwebende Schiedsverfahren dieses Recht nicht beeinträchtigen könne. Durch die am 29. Januar dieses Jahres ergangene Entscheidung des Auslegungs-Schiedsgerichts ist eine neue Sachlage geschaffen, die Veranlassung gegeben hat, die Liquidation des deutschen Eigentums zusammenhänge innerhalb der beteiligten Reichsressorts zu prüfen. Obwohl diese Prüfung noch nicht abgeschlossen ist und daher die Mitteilung näherer Einzelheiten unmöglich ist, kann schon jetzt gesagt werden, daß die Reichsregierung jede gegebene Möglichkeit benutzen wird, um in England, ebenso wie in den anderen in Betracht kommenden Ländern, auf die Freigabe des noch nicht liquidierten deutschen Eigentums hinzuwirken."